



STIFTERVERBAND

WAHLPROGRAMM- ANALYSE SACHSEN-ANHALT

Eine Untersuchung der wissenschafts- und
innovationspolitischen Positionen der Par-
teien

INHALT

Executive Summary	2
1. Ausgangslage und Zielsetzung	3
1.1 Vorbemerkung	3
1.2 Relevanz und Einordnung: Forschung und Innovation in Sachsen-Anhalt	3
1.3 Zielsetzung und methodisches Vorgehen	3
2. Wissenschafts- und Hochschulsystem in Sachsen-Anhalt	4
2.1 Finanzierung der Hochschulen	5
2.2 Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie	7
2.3 Wissenschaftliche Karrieren & Beschäftigungsbedingungen	8
3 Innovationspolitik in Sachsen-Anhalt	11
3.1 Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft & forschungsbasierte Ausgründungen	11
3.2 Sicherheitsrelevante Forschung und Resilienz: technologiebezogene Positionen	14
3.3 Priorisierung und Profilbildung im Innovationssystem	16
4 Fazit: Zukunftsbilder für den Wissenschafts- und Innovationsstandort Sachsen-Anhalt	19
Literaturverzeichnis	21

EXECUTIVE SUMMARY

Mit der Landtagswahl am 6. September 2026 werden in Sachsen-Anhalt auch zentrale Weichen für die zukünftige Wissenschafts- und Innovationspolitik gestellt. Die neue Landesregierung wird die Fortschreibung der Regionalen Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt vorbereiten und darüber entscheiden, wie Hochschulen, Forschung und Innovation zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen sollen. Vor diesem Hintergrund analysiert die vorliegende Untersuchung die wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der derzeit im Landtag vertretenen Parteien.

Sachsen-Anhalts Wissenschafts- und Innovationssystem steht unter wachsendem Anpassungsdruck. Sinkende Studierendenzahlen treffen auf steigende Kosten, zugleich wächst mit einem Anteil internationaler Studierender von 20,1 Prozent die Bedeutung internationaler Anschlussfähigkeit. Die Forschungsleistung wird wesentlich vom öffentlichen Wissenschaftssystem getragen: Von 1,135 Milliarden Euro FuE-Ausgaben 2023 entfielen nur 255 Millionen Euro auf die Wirtschaft. Auch beim Transfer bleibt Potenzial ungenutzt: Die Hochschulen sind überdurchschnittlich gut mit Wirtschaft und Politik vernetzt, die Zahl der Ausgründungen liegt jedoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Analyse zeigt, dass alle Parteien Hochschulen, Forschung und Innovation als wichtige Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts verstehen. Unterschiede bestehen jedoch darin, welche Rolle Wissenschaft im Innovationssystem einnehmen und wie Innovation politisch gestaltet werden soll. Während CDU und FDP Wissenschaft vor allem als Motor wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Entwicklung betrachten, betonen SPD und Die Linke stärker ihre Bedeutung für den sozial begleiteten Strukturwandel und die regionale Entwicklung. Bündnis 90/Die Grünen verbinden Wissenschaft und Innovation insbesondere mit ökologischer Transformation des Standortes und nachhaltiger Wertschöpfung. Die AfD setzt einen Schwerpunkt auf Digitalisierung und einzelne Zukunftstechnologien, entwickelt daraus jedoch kein konsistentes Wissenschafts- und Innovationskonzept.

Übergreifend knüpfen die Parteien an bestehende wissenschaftliche und wirtschaftliche Stärken Sachsen-Anhalts an, etwa in den Bereichen Chemie, Maschinenbau, Gesundheitswirtschaft, Künstliche Intelligenz und Wasserstoff. Gleichzeitig bleiben viele Programme in zentralen Fragen unkonkret. Häufig wird nicht deutlich, wie Hochschulfinanzierung, wissenschaftliche Karrieren, Transfer, Gründungsförderung und technologische Profilbildung zu einer langfristigen Gesamtstrategie verbunden und angesichts begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen priorisiert werden sollen.

Die Analyse macht damit deutlich: Die Unterschiede zwischen den Parteien liegen weniger in der Bedeutung, die sie Wissenschaft und Innovation beimessen, als in ihren Vorstellungen darüber, welche Rolle Hochschulen, Forschung und Unternehmen für die Entwicklung Sachsen-Anhalts übernehmen sollen. Gleichzeitig zeigen die Wahlprogramme, dass eine langfristige Strategie für Wissenschaft, Forschung und Innovation häufig nur in Ansätzen erkennbar ist. Die Untersuchung bietet damit eine Grundlage, um die wissenschafts- und innovationspolitischen Leitbilder der Parteien systematisch zu vergleichen und einzuordnen.

1. AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG

1.1 Vorbemerkung

Die vorliegende Analyse der Wahlprogramme zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt konzentriert sich auf die Wissenschafts- und Innovationspolitik. Sie ist ein zentrales Politikfeld für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Aus Sicht des Stifterverbandes braucht Deutschland ein leistungsfähiges und international anschlussfähiges Wissenschafts- und Innovationssystem, das Wissenschaftsfreiheit als Grundprinzip sichert sowie Offenheit und Vielfalt fördert. Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft müssen eng zusammenwirken, damit aus wissenschaftlichen Erkenntnissen Innovationen entstehen und neue Lösungen in die Anwendung gelangen. Diese Grundprinzipien sind auch für die zukünftige Ausgestaltung der Wissenschafts- und Innovationspolitik in Sachsen-Anhalt von zentraler Bedeutung.

Die Analyse umfasst die Wahlprogramme aller Parteien, die derzeit im Landtag von Sachsen-Anhalt oder im Deutschen Bundestag vertreten sind. Dazu zählt auch die AfD, deren Landesverband in Sachsen-Anhalt vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Die AfD stellt unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage, die auch das Fundament unseres Wissenschaftssystems darstellt. Dennoch hat sich der Stifterverband bewusst für die Einbeziehung des Wahlprogramms der AfD in die Analyse entschieden und deren wissenschafts- und innovationspolitische Positionen nach denselben Kriterien analysiert. Der Stifterverband möchte damit zu einer differenzierten und möglichst sachorientierten Auseinandersetzung beitragen.

1.2 Relevanz und Einordnung: Forschung und Innovation in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt steht vor tiefgreifenden wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Demografischer Wandel, die Dekarbonisierung energieintensiver Industrien, die Digitalisierung und geopolitische Unsicherheiten verändern die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und erhöhen den Anpassungsdruck auf Unternehmen, Hochschulen und Politik. Die Regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2021–2027 beschreibt diese Entwicklungen als umfassenden Strukturwandel, der neue Anforderungen an Politik, Wissenschaft und Wirtschaft stellt, zugleich aber Chancen für nachhaltige Innovationen eröffnet (MWL Sachsen-Anhalt, 2022). Gleichzeitig lag der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt 2024 in Sachsen-Anhalt bei 1,46 Prozent, gegenüber 3,17 Prozent im deutschen Durchschnitt. Der Abstand ist vor allem auf die vergleichsweise niedrigen FuE-Ausgaben der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt zurückzuführen (BMFTR, 2026; Statistisches Bundesamt, 2026).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Antworten die Landespolitik auf diese Entwicklungen gibt. Die Bundesländer verfügen insbesondere in der Hochschulpolitik über weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten – etwa bei der Finanzierung, dem Hochschulrecht und der strategischen Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems. Auch die Innovationsförderung und Maßnahmen zur Stärkung von Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit werden maßgeblich auf Landesebene gestaltet, häufig im Zusammenwirken mit Bund, Kommunen und der Europäischen Union.

1.3 Zielsetzung und methodisches Vorgehen

Das Ziel dieser Analyse besteht darin, die wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der Parteien systematisch zu erfassen und einzuordnen. Sie verbindet die Auswertung der Wahlprogramme mit einer standortbezogenen Perspektive und arbeitet unterschiedliche Leitbilder sowie politische Handlungsansätze heraus. Nach einer ersten Durchsicht der Wahlprogramme wurden sechs Themenfelder festgelegt, die als Kategorien für die anschließende vertiefte Analyse verwendet wurden. Die Ableitung der Themen basiert auf ihrer Relevanz für das Forschungs- und Innovationssystem insgesamt, bildet jedoch nur einen

Ausschnitt ab. Die sechs Kategorien werden im Folgenden in zwei übergeordnete Schwerpunktbereiche gegliedert:

Wissenschafts- und Hochschulsystem in Sachsen-Anhalt

- Finanzierung der Hochschulen
- Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie
- Wissenschaftliche Karrieren & Personal

Innovationspolitische Schwerpunkte

- Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft & forschungsbasierte Ausgründungen
- Sicherheitsrelevante Forschung
- Priorisierung und Profilbildung im Innovationssystem

2. WISSENSCHAFTS- UND HOCHSCHULSYSTEM IN SACHSEN-ANHALT

Struktur: Das Wissenschaftssystem Sachsens-Anhalts umfasst sieben staatliche Hochschulen sowie eine leistungsfähige außeruniversitäre Forschungslandschaft mit Einrichtungen der Leibniz-, Max-Planck-, Fraunhofer- und Helmholtz-Gemeinschaft. Forschungsschwerpunkte liegen unter anderem in den Lebenswissenschaften, der Bioökonomie, den Materialwissenschaften und der Medizintechnik. Mit dem 2025 bewilligten *Center for Chiral Electronics* ist die Universität Halle erstmals an einem Exzellenzcluster beteiligt (BMFTR, 2025a; MWU Sachsen-Anhalt, 2025a).

Für Sachsen-Anhalt sind Hochschulen wichtige Transferpartner, da viele kleine und mittlere Unternehmen keine eigenen Forschungsabteilungen unterhalten. Das Kompetenznetzwerk für Angewandte und Transferorientierte Forschung (KAT-Netzwerk) vernetzt die vier Hochschulen für Angewandte Wissenschaften mit Unternehmen, Kommunen und Verbänden (KAT-Netzwerk, o. D.).

Herausforderungen und Entwicklungen: Das Wissenschafts- und Hochschulsystem Sachsens-Anhalts steht unter wachsendem Anpassungsdruck. Rückläufige Studierendenzahlen erschweren vor dem Hintergrund des demografischen Wandels die langfristige Finanzierung und Auslastung der Hochschulen. Gleichzeitig steigen die Personal-, Sach- und Investitionsbedarfe, insbesondere für Gebäude, digitale Infrastrukturen und moderne Forschungsumgebungen. Hinzu kommt die Herausforderung, Absolventinnen und Absolventen sowie wissenschaftliches Personal langfristig in der Region zu halten, da viele Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen ihre erste Beschäftigung außerhalb Ostdeutschlands aufnehmen (vgl. Wettbewerbsreport Ostdeutschland, S. 14).

Sinkende Studierendenzahlen: Im Wintersemester 2025/26 waren in Sachsen-Anhalt nach vorläufigen Angaben 54.920 Studierende eingeschrieben. Gegenüber 2022/23 entspricht dies einem Rückgang von knapp 6 Prozent. Mit rund 26 Studierenden je 1.000 Einwohner liegt Sachsen-Anhalt zudem deutlich unter dem Bundesländerdurchschnitt von rund 34 Studierenden je 1.000 Einwohner (Statistisches Bundesamt, 2026; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2025).

Vervierfachung des Anteils internationaler Studierende: Gleichzeitig nahm die Internationalisierung deutlich zu. Im Wintersemester 2024/25 hatten 20,1 Prozent der Studierenden eine ausländische Staatsangehörigkeit; im Jahr 2000 lag ihr Anteil noch bei 5,4 Prozent. Unter den Erstsemestern betrug der Anteil bereits 30,1 Prozent (MWU Sachsen-Anhalt, 2024; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2025).

Dominanz staatlicher FuE-Ausgaben: Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben (FuE-Ausgaben) beliefen sich 2023 auf rund 1,135 Milliarden Euro. Davon entfielen 489 Millionen Euro auf Hochschulen, 391 Millionen Euro auf staatliche und private Einrichtungen ohne Erwerbszweck und 255 Millionen Euro auf die Wirtschaft. Die Verteilung verdeutlicht die starke Bedeutung öffentlich finanzierter Forschung im Vergleich zu den Forschungsaktivitäten des Unternehmenssektors (Statistisches Bundesamt, 2025).

Die folgenden Abschnitte untersuchen, wie die Parteien auf diese Herausforderungen in den Bereichen *Hochschulfinanzierung, Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie* sowie *wissenschaftliche Karrieren* reagieren wollen.

2.1 Finanzierung der Hochschulen

2.1.1 Ausgangslage und Kontext

Die Hochschulfinanzierung basiert im Wesentlichen auf Grundmitteln der Länder sowie wettbewerblich eingeworbenen Drittmitteln. Grundmittel finanzieren Personal, Lehre und wissenschaftliche Infrastruktur, während Drittmittel zusätzliche Forschungsprojekte und Kooperationen ermöglichen.

In Sachsen-Anhalt bilden die Zielvereinbarungen 2025–2029 den finanziellen Rahmen für die sieben staatlichen Hochschulen. Für 2025 wurde ein Grundbudget von 453,8 Millionen Euro vereinbart – ein Anstieg von 17,8 Prozent gegenüber 2020 (MWU Sachsen-Anhalt, 2025c). Tarif- und Besoldungssteigerungen sowie höhere Energieausgaben und Inflation sollen dabei grundsätzlich berücksichtigt werden. Zudem können nicht ausgeschöpfte Mittel für mehrjährige Vorhaben in Folgejahre übertragen werden.

2.1.2 Parteiprogramme im Überblick

Die CDU setzt auf eine verlässliche Hochschulfinanzierung, die durch leistungsorientierte Instrumente wie Zielvereinbarungen, Evaluationen und strategische Schwerpunktsetzungen gesteuert werden soll. Als zusätzliche Finanzierungsquelle nennt sie *„mit den mitteldeutschen Nachbarländern abgestimmte Studiengebühren für ausländische Studentinnen und Studenten aus Nicht-EU-Staaten“* (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 75).

Die SPD verbindet *„verlässliche Hochschulverträge, auskömmliche Grundfinanzierung und klare Perspektiven für Beschäftigte“* mit dem Ziel institutioneller Stabilität. Programme zur Förderung von Forschung, Innovation, Transfer und wissenschaftlichem Nachwuchs sollen fortgeführt und weiterentwickelt werden (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 21).

Die FDP betont die Eigenverantwortung der Hochschulen für *„Personal, Profil und Budget sowie Bauherrschaft“* (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 35). Institutionelle Autonomie solle den Hochschulen ermöglichen, ihre finanziellen und personellen Ressourcen eigenständig einzusetzen, fachliche Schwerpunkte zu entwickeln und sich stärker im wissenschaftlichen Wettbewerb zu positionieren. Ergänzend soll Bürokratieabbau den Zeit- und Personalaufwand für Forschungsanträge verringern und *„innovationsfreundlichere Rahmenbedingungen“* schaffen (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 37 f.).

Die AfD fordert eine stärkere Grundfinanzierung der Hochschulen und eine geringere Abhängigkeit von Drittmitteln. Sie begründet dies mit der Annahme, dass die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) sowie Industrie- und politische Stiftungen *„politische Anforderungen an jede Projektförderung“* stellen, und erklärt: *„Was nicht dem politischen Mainstream entspricht, wird nicht gefördert“* (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 72-73).

Die Linke benennt mehrere Maßnahmen, mit denen die Hochschulfinanzierung stabilisiert und die Abhängigkeit von Projektmitteln reduziert werden soll. So fordert sie, *„Kürzungen im Hochschulhaushalt [...] auch bei sinkenden Studierendenzahlen“* zu verhindern, die *„Abhängigkeit von der Projektfinanzierung“* zu reduzieren sowie Tarifsteigerungen und Inflation vollständig auszugleichen (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 36). Zudem sollen der Zukunftsvertrag Studium und Lehre durch zusätzliche Landesmittel kofinanziert und transparente Zielvereinbarungen als verlässliche Grundlage abgeschlossen werden (vgl. ebd.).

Die Grünen setzen auf eine stärkere Grundfinanzierung durch Land und Bund, um den Hochschulen mehr Planungssicherheit zu geben und finanzielle Mehrbelastungen durch „Inflation sowie steigende Energie- und Baukosten“ aufzufangen (vgl. Die Grünen-Wahlprogramm, S. 62). Als konkrete Maßnahme fordern sie, „die Bundesmittel aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre vollständig an die Hochschulen weiterzu-reichen“ (vgl. ebd.).

2.1.3 Analyse und Einordnung

Die Parteien unterscheiden sich weniger in der Bedeutung, die sie der Hochschulfinanzierung beimessen, als in ihren Steuerungsansätzen. SPD, Grüne und Linke betonen vor allem öffentliche Grundfinanzierung und Planungssicherheit, während CDU und FDP stärker auf Eigenverantwortung, Profilbildung und leistungsorientierte Instrumente setzen. Grund- und Drittmittel werden damit unterschiedlich gewichtet, erfüllen im Hochschulsystem jedoch jeweils eigene Funktionen.

Unterschiede zeigen sich vor allem beim Konkretisierungsgrad und bei den vorgeschlagenen Finanzierungsquellen. Die CDU nennt mit Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten eine zusätzliche Einnahmequelle. Angesichts sinkender Studierendenzahlen und der wachsenden Bedeutung internationaler Studierender für die Fachkräftesicherung könnte diese Maßnahme jedoch die Attraktivität des Hochschulstandorts schwächen. Die SPD bekennt sich zu einer auskömmlichen Grundfinanzierung, beschreibt aber keine konkreten Schritte zu deren Ausgestaltung. Auch die FDP erläutert nicht, wie die Grundfinanzierung künftig bemessen und langfristig gesichert werden soll. Grüne und Linke benennen dagegen konkrete Absicherungsmechanismen und zusätzliche öffentliche Ausgaben, lassen aber offen, wie diese angesichts begrenzter Haushaltsmittel dauerhaft finanziert und priorisiert werden sollen.

Die AfD verbindet ihre Kritik an der Drittmittelfinanzierung mit politischen Bewertungen von Förderentscheidungen und Forschungsfeldern. Zugleich erklärt sie nicht, aus welchen Mitteln ein weitgehender Verzicht auf Drittmittel ausgeglichen werden soll. Bei begrenzten Spielräumen im Landeshaushalt könnte dies die verfügbaren Forschungsmittel reduzieren und zusätzliche Projekte, Kooperationen und Innovationen erschweren.

Insgesamt zeigt sich eine strategische Leerstelle: Die Programme bekennen sich zwar zu einer verlässlichen Hochschulfinanzierung, beschreiben aber häufig nicht, wie Grundmittel, Drittmittel sowie europäische und private Finanzierungsquellen langfristig zusammenspielen sollen.

Position des Stifterverbandes

Eine verlässliche Grundfinanzierung sichert dauerhafte Hochschulaufgaben, wissenschaftliche Infrastrukturen und langfristige Personalentwicklung. Drittmittel und leistungsorientierte Förderinstrumente ergänzen diese Basis um zusätzliche Forschungsvorhaben, Kooperationen und Möglichkeiten zur Profilbildung. Da Grundmittel überwiegend von den Ländern und viele Drittmittel aus Bundes- und EU-Programmen stammen, müssen die verschiedenen Finanzierungsquellen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.

Für Sachsen-Anhalt ist dieses Zusammenspiel besonders wichtig, weil viele kleine und mittlere Unternehmen keine eigenen umfangreichen Forschungsabteilungen unterhalten. Der Zugang zu wissenschaftlicher Expertise, Laboren und Forschungsinfrastrukturen kann sie dabei unterstützen, Innovationen zu entwickeln. Eine verlässliche Hochschulfinanzierung stärkt damit neben Forschung und Lehre auch Transfer, Ausgründungen und regionale Innovationsnetzwerke.

Aus Sicht des Stifterverbandes sollten Hochschulen deshalb leichter auf europäische Förderprogramme zugreifen können. Zugleich sollten Förderverfahren administrativ vereinfacht und Kooperationen mit Unternehmen und weiteren außerwissenschaftlichen Partnern ausgebaut werden. So lassen sich zusätzliche Mittel für Forschung und Innovation mobilisieren, ohne die öffentliche

Grundfinanzierung zu ersetzen. Ziel sollte eine Finanzierungsarchitektur sein, die dauerhafte Aufgaben absichert und zugleich Spielraum für neue Forschung, Kooperationen und Innovationen schafft.

2.2 Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie

2.2.1 Ausgangslage und Kontext

Die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit schützt Forschung und Lehre vor unzulässigen Eingriffen und umfasst insbesondere die freie Wahl von Forschungsfragen und -methoden sowie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Hochschulautonomie beschreibt die institutionellen Handlungsspielräume der Hochschulen, etwa bei Profilbildung, Organisation, Mittelverwendung und Berufungen. In Sachsen-Anhalt werden diese Handlungsspielräume der Hochschulen maßgeblich durch die Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen geprägt. Sie legen finanzielle und strategische Entwicklungsziele fest und sind im Hochschulgesetz als Instrument zur Stärkung der Hochschulautonomie verankert (MWU Sachsen-Anhalt, 2025b & 2025c).

Spezifische Kennzahlen zur Wissenschaftsfreiheit für Sachsen-Anhalt liegen bislang nicht vor. Bundesweite Befragungen zeichnen jedoch ein überwiegend positives Bild: Im Hochschul-Barometer 2024 bewerteten rund 76 Prozent der Hochschulleitungen die Wissenschaftsfreiheit als eher gut oder sehr gut; zugleich hielten fast zwei Drittel Angriffe auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in sozialen Medien für wahrscheinlich und 45,6 Prozent sahen das Risiko, dass Geldgeber aus der Wirtschaft Forschende (beispielsweise in Rahmen von Forschungsk Kooperationen) vorschreiben, welche Ergebnisse kommuniziert werden dürfen (Stifterverband, 2024). Gleichzeitig bewerten die Hochschulleitungen den Einfluss durch die Politik (z.B. über Förderprogramme) deutlich höher, als den Einfluss von Drittmittelgebern aus der Wirtschaft (ebd.). Auch die Hochschulautonomie wird seit 2020 von jeweils mehr als zwei Dritteln der Hochschulleitungen positiv bewertet. Eine repräsentative Befragung von rund 9.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: 79 Prozent bewerten Autonomie und Forschungsfreiheit im deutschen Wissenschaftssystem positiv (Hamann et al., 2025).

2.2.2 Parteiprogramme im Überblick

Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Forschung und Lehre und will zugleich Forschungsfelder fördern, die internationale Spitzenleistungen erwarten lassen oder für Sachsen-Anhalt als besonders relevant bewertet werden (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 74).

Die SPD bezeichnet die Autonomie in Forschung und Lehre als Grundlage wissenschaftlicher Qualität und bekennt sich zur Exzellenzinitiative. Zugleich beschreibt sie Hochschulen als Orte von Bildung, Forschung, Innovation und gesellschaftlicher Debatte (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 21).

Die FDP bezeichnet Autonomie als elementar für Forschung und Lehre und lehnt Beschränkungen der Forschung durch Zivilklauseln ausdrücklich ab. Hochschulen beschreibt sie zudem als Orte der Diskussion und des freien Meinungsaustauschs (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 35).

Die AfD will nach eigener Aussage „echte akademische Freiheit“ wiederherstellen und den politischen Einfluss auf die Wissenschaft zurückdrängen. Gleichzeitig fordert sie die Abschaffung wissenschaftsbezogener Quoten, die Wiedereinführung „deutscher Studiengänge und Studienabschlüsse“ (Magister und Diplom) sowie die Abschaffung von Gender Studies und Postkolonialismus und den Aufbau von Bevölkerungswissenschaft und kritischer Islamforschung (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 68, 72–73).

Die Linke beschreibt Wissenschaftsfreiheit als Schutz von Forschung und Lehre vor politischem und finanziellem Druck. Sie verbindet diesen Schutz mit institutioneller Selbstverwaltung, demokratischer Mitbestimmung und stärkeren Beteiligungsrechten der verschiedenen Statusgruppen an den Hochschulen (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 41).

Die Grünen thematisieren politische Angriffe auf wissenschaftliche Erkenntnisse: „*Wissenschaftliche Erkenntnisse werden zunehmend zum Gegenstand politischer Angriffe, mit dem Ziel, Zweifel zu erzeugen, wo Konsens besteht*“ (Die Grünen-Wahlprogramm, S. 61). Sie wollen Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie vor wissenschaftsfeindlicher Einflussnahme schützen (vgl. ebd.).

2.2.3 Analyse und Einordnung

Die Parteien setzen unterschiedliche Schwerpunkte: CDU und SPD verbinden Hochschulautonomie vor allem mit wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit, die FDP betont die inhaltliche Freiheit der Forschung, die Linke demokratische Mitbestimmung und die Grünen den Schutz vor politischer Einflussnahme. Insgesamt bleiben die Programme jedoch meist vage bei der Frage, wie Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie institutionell abgesichert und konkrete Gefährdungen bewältigt werden sollen.

Ein deutlicher Widerspruch zeigt sich in der Position der AfD: Einerseits will sie politische Einflussnahme auf die Wissenschaft zurückdrängen, andererseits festlegen, welche Forschungsfelder abgeschafft oder aufgebaut werden sollen. Damit beansprucht sie genau die inhaltliche Steuerung von Wissenschaft, die sie an anderer Stelle kritisiert, und formuliert eigene politische Ziele, mit denen sie die Wissenschaftsfreiheit einschränkt, ideologisch motivierte Überzeugungen manifestiert und der internationale Anschlussfähigkeit der Hochschulen in Sachsen-Anhalt schadet. Während mit Diplom und Magister konkrete Abschlüsse genannt werden, bleibt offen, was unter „deutschen Studiengängen“ zu verstehen ist. Diese Abkehr von international etablierten Studien- und Abschlusstrukturen wird die Vergleichbarkeit und Mobilität erschweren und die Attraktivität Sachsen-Anhalts für internationale Studierende und Fachkräfte schwächen.

Position des Stifterverbands

Aus Sicht des Stifterverbandes sollte die Landespolitik Hochschulen dabei unterstützen, Wissenschaftsfreiheit nicht nur rechtlich, sondern auch institutionell und praktisch zu sichern. Dazu gehören verlässliche Finanzierung, transparente und wissenschaftsgeleitete Entscheidungsverfahren sowie geeignete Schutz- und Beratungsangebote für Forschende, die politischen Angriffen oder Anfeindungen ausgesetzt sind. Zugleich sollten Hochschulen beim verantwortungsvollen Umgang mit sensiblen Forschungsergebnissen unterstützt werden, ohne Wissenschaftsfreiheit und internationale Zusammenarbeit pauschal einzuschränken.

2.3 Wissenschaftliche Karrieren & Beschäftigungsbedingungen

2.3.1 Ausgangslage und Kontext

Wissenschaftliche Karrieren sind eine zentrale Voraussetzung für leistungsfähige Hochschulen. Sie sind jedoch häufig durch mehrere Qualifikationsstufen, befristete Beschäftigung und unsichere Übergänge geprägt. Da nur ein kleiner Teil der Promovierten eine Professur erreicht, sind planbare Karrierewege innerhalb und außerhalb der Wissenschaft von besonderer Bedeutung. Kurze Vertragslaufzeiten können die Attraktivität wissenschaftlicher Karrieren verringern und den Wechsel qualifizierter Beschäftigter in andere Bereiche begünstigen (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase, 2025).

Für Sachsen-Anhalt ist dies besonders relevant, weil die Hochschulen mit größeren Wissenschaftsstandorten und außerwissenschaftlichen Arbeitgebern um qualifiziertes Personal konkurrieren. Ende 2024 waren an den elf Hochschulen und Hochschulkliniken des Landes 10.923 Personen im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich beschäftigt, darunter 1.236 studentische Hilfskräfte. Nur 30,5 Prozent der wissenschaftlichen Beschäftigten waren unbefristet beschäftigt, gegenüber 88,2 Prozent der Professorinnen und Professoren. Zudem wurden 2023 rund 21,5 Prozent des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals über Drittmittel finanziert, wodurch Beschäftigungsperspektiven zusätzlich von Projektlaufzeiten abhängen (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, 2025; Statistisches Bundesamt, 2026).

Befristungen können in Qualifizierungsphasen sinnvoll sein, werden jedoch problematisch, wenn dauerhaft anfallende Aufgaben in Forschung, Lehre oder Wissenschaftsmanagement überwiegend von befristet Beschäftigten übernommen werden. Der 2026 vorgelegte Entwurf zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes sieht unter anderem Mindestlaufzeiten für Erstverträge vor, um wissenschaftliche Karrierewege planbarer zu gestalten (BMFTR, 2026a).

In Sachsen-Anhalt ist außerdem die Tenure-Track-Professur seit 2020 gesetzlich verankert. Sie eröffnet nach einer befristeten Bewährungsphase die Perspektive auf eine unbefristete Professur, erreicht aber nur einen kleinen Teil des wissenschaftlichen Personals und ersetzt keine Dauerstellen für dauerhafte Aufgaben unterhalb der Professur (MWU Sachsen-Anhalt, 2023).

2.3.2 Parteipositionen im Überblick

Die CDU behandelt wissenschaftliche Karrieren und Beschäftigungsbedingungen nicht als eigenständiges Handlungsfeld. Bezüge finden sich in der Darstellung der Hochschulen als Orte „*gezielter Nachwuchsförderung*“ und „*praxisnaher Ausbildung*“ sowie im Ziel, Sachsen-Anhalt als Wissenschaftsstandort zu stärken, der „*Talente fördert und bindet*“ (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 74 f.).

Die SPD fordert planbare wissenschaftliche Karrieren, gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. Programme zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Für die Geschlechterforschung sieht sie außerdem den Ausbau unbefristeter, aus Haushaltsmitteln finanzierter Professuren vor (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 21).

Die FDP setzt auf definierte Karrierepfade durch Tenure-Track-Professuren und auf wissenschaftsadäquate Arbeitsbedingungen. Zudem will sie die Rahmenbedingungen für die Be- und Entfristung wissenschaftlicher Stellen, den personellen Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie die Gewinnung internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbessern (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 35, 37 f.).

Die AfD will „*prekäre Arbeitsverhältnisse an der Universität beenden*“ und fordert dafür eine höhere Bezahlung sowie weniger befristete Beschäftigungsverhältnisse. Zugleich erklärt sie: „*Abgesehen von einigen Wissenschaftsidealisten streben vor allem die eher Mittelmäßigen, die in der Wirtschaft keine Perspektive finden, eine wissenschaftliche Laufbahn an*“ (AfD-Wahlprogramm, S. 68, 70).

Die Linke fordert, Daueraufgaben dauerhaft zu finanzieren, Vertragslaufzeiten an Projektlaufzeiten anzupassen und Übergänge zwischen Projekten abzusichern. Darüber hinaus will sie vom Lehrstuhlprinzip abrücken, Fachbereichsstrukturen ausbauen sowie Tandem-Professuren, familiengerechte Bedingungen und Angebote zur Gewinnung und langfristigen Bindung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärken (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 38 f.).

Die Grünen setzen bei studentischen Beschäftigten, im akademischen Mittelbau und beim Übergang zur Professur an. Sie fordern Dauerstellen für Daueraufgaben, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, eine Ausweitung des Tenure-Track-Programms und mehr Dauerstellen unterhalb der Professur. Ergänzend wollen sie Department-Strukturen unterstützen und sich auf Bundesebene für eine Novellierung des

Wissenschaftszeitvertragsgesetzes einsetzen (vgl. Die Grünen-Wahlprogramm, S. 63).

2.3.3 Einordnung und weiterführende Perspektiven

Die Parteien messen wissenschaftlichen Karrieren unterschiedliches Gewicht bei. Die CDU ordnet Nachwuchsförderung vor allem in die allgemeine Standortentwicklung ein, ohne Karrierewege oder Beschäftigungsbedingungen näher auszugestalten. Die SPD erkennt das Thema als eigenständiges Handlungsfeld an, bleibt bei den Instrumenten aber überwiegend allgemein. FDP, Grüne und Linke benennen dagegen konkrete Ansätze wie Tenure Track, Dauerstellen, Department- und Fachbereichsstrukturen oder eine veränderte Befristungspraxis.

Auch die Problemdeutungen unterscheiden sich. Grüne und Linke führen unsichere Karriereperspektiven vor allem auf strukturelle Bedingungen des Wissenschaftssystems zurück und beziehen mehrere Karriere-stufen ein. Die FDP verbindet Planbarkeit stärker mit Leistungsorientierung, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und dem Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Bei der AfD entsteht dagegen ein Widerspruch: Sie fordert bessere Bezahlung und weniger Befristungen, wertet zugleich aber einen Teil des wissenschaftlichen Personals pauschal als „eher Mittelmäßige“ ab. Weder die Kriterien für diese Einstufung noch die konkrete Ausgestaltung der vorgeschlagenen Beschäftigungsreformen werden erläutert.

Ein weiterer Unterschied liegt in der Durchlässigkeit zwischen Wissenschaft und anderen Tätigkeitsfeldern. FDP und Linke greifen den personellen Austausch beziehungsweise den Zugang von Personen mit Praxisexpertise zu Hochschulen ausdrücklich auf; in den anderen Programmen bleibt die sektorale Mobilität weitgehend unkonkret. Insgesamt fehlt bei mehreren Parteien eine Verbindung zwischen allgemeinen Zielen, konkreten Personalstrukturmodellen und deren langfristiger Finanzierung. Auch die Frage, wie neue Karriere- und Personalmodelle gemeinsam mit den Hochschulen entwickelt, erprobt und bei Erfolg dauerhaft in die Landespolitik überführt werden können, wird kaum behandelt.

Position des Stifterverbandes

Wissenschaftliche Karrierewege sollten gemeinsam mit Hochschulprofilen, Personalstrukturen und Finanzierung entwickelt werden. Die Landespolitik kann Zielvereinbarungen und die jährliche Mittelvergabe nutzen, um verbindliche Ziele etwa zu Tenure Track, Dauerstellen und Personalentwicklung zu unterstützen. Dabei sollte sie den Hochschulen als verlässliche Sparringspartnerin zur Seite stehen und Beschäftigungsbedingungen, wissenschaftliche Qualität sowie die gesellschaftliche Rolle der Hochschulen gemeinsam mit ihnen in den Blick nehmen.

Rechtlich abgesicherte Experimentierräume könnten Hochschulen ermöglichen, neue Karriere- und Personalmodelle zeitlich begrenzt zu erproben. Voraussetzung ist die Bereitschaft, erfolgreiche Ansätze anschließend in landespolitische Regelungen zu überführen. Zugleich sollte die Durchlässigkeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Bereichen durch einen stärkeren Dialog und personellen Austausch verbessert werden.

3 INNOVATIONSPOLITIK IN SACHSEN-ANHALT

In Sachsen-Anhalt werden die innovationspolitischen Ziele und Prioritäten in der Regionalen Innovationsstrategie 2021–2027 festgelegt. Sie versteht Sachsen-Anhalt als „Experimentierraum für neue transformative Lösungen“ und verfolgt einen breiten Innovationsbegriff, der technologische, soziale und gesellschaftliche Innovationen umfasst. Entsprechend werden neben Wissenschaft und Wirtschaft auch Politik, Zivilgesellschaft und Sozialpartner als Teil des Innovationsökosystems verstanden (vgl. Innovationsstrategie 2022, S. 7–8). Die Strategie bündelt ihre Förderaktivitäten in strategischen Leitmärkten sowie technologieübergreifenden Querschnitts- und Zukunftsfeldern, die die Profilbildung des Landes prägen (vgl. Innovationsstrategie 2022, S. 9–11).

Die Regionale Innovationsstrategie formuliert ein ambitioniertes Ziel, Sachsens-Anhalts Wert im europäischen *Regional Innovation Scoreboard* bis 2027 von 93 auf mindestens 100 Punkte zu steigern und damit in die Gruppe der „starken Innovatoren“ aufzusteigen (vgl. Innovationsstrategie 2022, S. 8). Im *Regional Innovation Scoreboard 2025* erreicht das Land allerdings 93,1 Punkte und wird weiterhin als „Moderate Innovator+“ eingestuft (vgl. European Commission 2025). Auch die FuE-Intensität weist auf weiteren Entwicklungsbedarf hin: Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag 2024 in Sachsen-Anhalt bei 1,46 Prozent, gegenüber 3,17 Prozent im deutschen Durchschnitt. Der Abstand ist vor allem auf die vergleichsweise niedrigen FuE-Ausgaben der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt zurückzuführen (BMFTR, 2026; Statistisches Bundesamt, 2026). Beide Indikatoren zeigen, dass Sachsen-Anhalt sein vorhandenes Innovationspotenzial noch nicht vollständig ausschöpft.

Vor diesem Hintergrund untersucht die Analyse, wie die Parteien Innovation verstehen, welche Rolle sie Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Gesellschaft im Innovationssystem zuschreiben und welche innovationspolitischen Schwerpunkte sie für Sachsen-Anhalt setzen.

3.1 Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft & forschungsbasierte Ausgründungen

3.1.1 Ausgangslage und Kontext

Für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in wirtschaftliche Anwendungen spielen Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eine zentrale Rolle. Forschungsbasierte Ausgründungen und Lizenzierungen bilden dabei eine wichtige Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, indem sie neue Technologien und Erkenntnisse in den Markt überführen.

Die Zahlen des Gründungsradars zeigen für Sachsen-Anhalt ein ambivalentes Bild: Die Hochschulen des Landes sind im Gründungsbereich überdurchschnittlich gut mit Wirtschaft und Politik vernetzt. Mit 14,2 Kooperationsprojekten je 10.000 Studierende belegt Sachsen-Anhalt bundesweit Rang 3 und liegt damit deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt (Stifterverband, 2025). Gleichzeitig fällt die Zahl der Hochschulausgründungen in Sachsen-Anhalt gering aus. Mit 4,3 Ausgründungen je 10.000 Studierende liegt das Bundesland unter dem Bundesdurchschnitt von 13,1 (Stifterverband, 2025). Demgegenüber stehen 53,7 Gründungsvorhaben je 10.000 Studierende (ebd.), was auf ein vorhandenes Gründungspotenzial hinweist, das sich bislang nur begrenzt in realisierten Ausgründungen niederschlägt. Auffällig ist hierbei auch, dass Förderinstrumente wie das EXIST-Gründungsstipendium nur selten in Anspruch genommen werden (Müller et al., 2026).

Damit zeigt sich eine zentrale Herausforderung für Sachsen-Anhalt: Gute Kooperationsstrukturen und zahlreiche Gründungsvorhaben führen bislang nur selten zu erfolgreichen Hochschulausgründungen. Vorhandene Transferpotenziale werden damit noch nicht vollständig in wirtschaftliche Wertschöpfung überführt.

3.1.2 Parteiprogramme im Überblick

Die CDU verankert Gründungen zunächst im breiteren wirtschaftspolitischen Ziel, „*unternehmerisches Denken*“ und Gründerkultur zu fördern (CDU-Wahlprogramm, S. 12). Im Wissenschaftsbereich verfolgt sie mit „*Innovation aus einem Guss*“ einen durchgängigen Ansatz, der Grundlagenforschung, angewandte Wissenschaft und wirtschaftliche Umsetzung miteinander verbindet (CDU-Wahlprogramm, S. 74 f.). Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie Wirtschaft soll durch Innovationszentren und Cluster sowie durch die Unterstützung von Start-ups und Maker Spaces gestärkt werden (vgl. ebd.). Ziel der genannten Maßnahmen ist die Entwicklung marktreifer Produkte und ihre wirtschaftliche Umsetzung.

Die SPD will Gründungen ermöglichen und Wissenschaft und Wirtschaft enger verbinden. Im Mittelpunkt steht anwendungs- und transferorientierte Forschung, deren Ergebnisse schneller in die Praxis gelangen sollen (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 7). Um Gründungen zu fördern, setzt die SPD auf vereinfachte Förderangebote, gestärkte regionale Anlaufstellen, einen Gründungsbonus für Start-ups und ein unbürokratisches Programm für Berufserfahrene (vgl. ebd.). Wie die engere Verzahnung von Forschung und Wirtschaft konkret organisiert werden soll, bleibt dagegen offen.

Die FDP will Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, regionale Vernetzung und Gründungen stärken. Regionale Industriezweige sollen Impulse für die fachliche Profilbildung der Hochschulen geben, während „*strategische Zukunftslabore*“ zu KI, Robotik oder synthetischer Biologie anwendungsorientierte Forschung fördern sollen (FDP-Wahlprogramm, S. 36). Regionale Vernetzung und ein stärkerer personeller Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sollen den Wissens- und Technologietransfer insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen stärken (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 37). Ergänzend sollen Bürokratieabbau, private Investitionen und die Vermittlung eines „*Macher-Mindsets*“ in Schulen unternehmerisches Handeln fördern.

Die AfD führt die geringe Zahl von Unternehmensgründungen und Neuansiedlungen vor allem auf die Politik der bisherigen Landesregierungen und bürokratische Belastungen zurück (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 95 f.).

Die Linke will Forschung durch Reallabore, Praxissemester und Transfer-Ansprechstellen stärker mit Kommunen, Kliniken, Schulen und Betrieben verbinden. Reallabore, Praxissemester und Transfer-Ansprechstellen sollen Forschung enger mit Kommunen, Kliniken, Schulen und Betrieben verbinden; regionale Transformationsräte sollen zusätzliche Beteiligung ermöglichen (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 40 f., 87 f.). Wechselwege zwischen Wissenschaft und Praxis sollen durch Matching, Standardverträge, Datenhinweise und Transfer-Ansprechstellen vereinfacht werden (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 40 f.).

Die Grünen wollen landesweite Innovationscluster als spezialisierte Gründungsökosysteme aufbauen und miteinander vernetzen. Landesweite Innovationscluster sollen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Start-ups in ausgewählten Feldern wie Biotechnologie, Bioökonomie, Chemie, Life Sciences und Medizintechnik stärker vernetzen. Zugleich wollen sie den Wissenstransfer zu KMU durch bessere Transferinfrastrukturen, Beratungsangebote und vernetzte Gründungszentren professionalisieren. Zur Förderung von Ausgründungen nennen sie Gründungsstipendien, ein Venture-Clienting-Programm sowie eine Reform der Investitionsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (vgl. Die Grünen-Wahlprogramm, S. 85).

3.1.3 Einordnung und weiterführende Perspektiven

Insgesamt erkennen CDU, SPD, FDP, Grüne und Linke die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als wichtigen Bestandteil regionaler Innovationsprozesse an. Bei der AfD bleibt dieser Zusammenhang weitgehend unberücksichtigt. CDU und SPD konzentrieren sich stärker auf die wirtschaftliche

Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse, erläutern aber nur begrenzt, wie die genannten Transfer- und Kooperationsstrukturen konkret ausgestaltet werden sollen.

FDP und Grüne betrachten Kooperationen umfassender als Zusammenspiel von regionaler Vernetzung, Transferstrukturen, Gründungsförderung und fachlicher Profilbildung. Während die FDP dabei mehrere Ebenen bis hin zum personellen Austausch einbezieht, aber kaum spezifische Instrumente für unmittelbare Hochschulausgründungen nennt, legen die Grünen einen breiten Maßnahmenkatalog vor, dessen Finanzierung und Umsetzung offenbleiben.

Die Linke erweitert das Transferverständnis um Kommunen, öffentliche Einrichtungen und regionale Transformationsprozesse; marktorientierte Ausgründungen stehen dabei weniger im Mittelpunkt. Das Spektrum reicht damit von der wirtschaftlichen Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse bis zu einem breiteren Transferverständnis, das auch gesellschaftlichen Nutzen, regionale Entwicklung und Beteiligung einschließt.

Als übergreifende Leerstelle bleibt in den Wahlprogrammen offen, wie die jeweils vorgeschlagenen Instrumente zu einer durchgängigen Transfer- und Gründungsstrategie verbunden werden sollen. Nur selten wird erläutert, wie bestehende Netzwerke und Förderangebote langfristig abgesichert, private Investitionen ergänzend mobilisiert und Forschungsergebnisse bis zur Anwendung oder Ausgründung begleitet werden können. Ebenso bleibt ein breites Transferverständnis, das neben wirtschaftlicher Verwertung auch gesellschaftliche Innovationen und regionale Bedarfe einbezieht, auf einzelne Programme begrenzt.

Position des Stifterverbandes:

Innovationsökosysteme durch regionale Orchestrierung stärken

Viele der in den Wahlprogrammen genannten Ansätze, etwa Innovationscluster, Transferstellen, Reallabore, Gründungszentren oder regionale Netzwerke, können ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie aufeinander abgestimmt sind. Entscheidend ist daher, die regionale Orchestrierung weiterzuentwickeln und bestehende Kooperationen und Netzwerke zu stärken. Im Mittelpunkt stehen nicht einzelne Transferstellen, sondern regionale Innovationsökosysteme, in denen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Intermediäre, Kommunen und Zivilgesellschaft zusammenwirken.

Mit dem KAT-Kompetenznetzwerk verfügt Sachsen-Anhalt bereits über ein Bindeglied zwischen den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und der regionalen Wirtschaft. Im Vordergrund sollte daher nicht zwingend der Aufbau neuer Einrichtungen stehen, sondern die Weiterentwicklung, Verbindung und langfristige Absicherung bestehender Angebote. Hochschulen sollten Transfer zugleich stärker als dauerhafte Aufgabe neben Forschung und Lehre verankern und Wissen systematisch in Kooperationen, Ausgründungen, IP-Verwertung und praktische Anwendungen überführen.

Privates Kapital ergänzend mobilisieren

Angesichts begrenzter öffentlicher Mittel ist eine stärkere Beteiligung privater Akteure an der Finanzierung von Forschung, Transfer und Gründungsförderung wichtig. Privates Kapital kann öffentliche Finanzierung jedoch nur ergänzen und entbindet den Staat nicht von seiner Verantwortung für verlässliche Rahmenbedingungen und eine tragfähige Grundfinanzierung. Mit der IBG Beteiligungsgesellschaft verfügt Sachsen-Anhalt bereits über ein Instrument zur Bereitstellung von Risikokapital für junge und innovative Unternehmen. Daran anknüpfend stellt sich die Frage, wie öffentliche Beteiligungsmittel zusätzliche private Investitionen mobilisieren und Ausgründungen auch in späteren Entwicklungs- und Wachstumsphasen unterstützen können.

Transfer breiter verstehen

Dabei sollte Transfer nicht auf technologische Produkte und wirtschaftliche Verwertung verengt werden. Entsprechend dem breiten Innovationsbegriff der Regionalen Innovationsstrategie können auch soziale Innovationen, GovTech-Lösungen und Prozessinnovationen zur regionalen Wertschöpfung und zum gesellschaftlichen Nutzen beitragen. Dafür braucht es passende Beratungs-, Förder-

und Skalierungsangebote, die auch Gründungsideen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie gemeinwohlorientierte Vorhaben berücksichtigen.

3.2 Sicherheitsrelevante Forschung und Resilienz: technologiebezogene Positionen

3.2.1 Ausgangslage und Kontext

Sicherheitsrelevante Forschung umfasst Forschung zu Themen wie Cybersicherheit, dem Schutz kritischer Infrastrukturen, technologischer Souveränität sowie krisenfesten Energie-, Kommunikations- und Versorgungssystemen. Sie trägt dazu bei, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft widerstandsfähiger gegenüber äußeren und inneren Bedrohungen zu machen.

In Sachsen-Anhalt ist insbesondere die Cybersicherheitsforschung institutionell sichtbar. Im CyberSecurity-Verbund Sachsen-Anhalt II arbeiten die Hochschule Harz, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zusammen. Untersucht werden unter anderem Identitäts- und Zugriffsmanagement, digitale Vertrauensdienste, Open-Source-Lösungen, Datenschutz und Forensik sowie der Einsatz Künstlicher Intelligenz zur Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen (CyberSecurity-Verbund Sachsen-Anhalt, o. D.; Hochschule Harz, 2024; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2024).

Für den Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung ist außerdem die im Hochschulgesetz Sachsen-Anhalts verankerte Friedensklausel relevant. Sie verpflichtet die Hochschulen, mögliche Folgen ihrer Forschung zu reflektieren, untersagt sicherheitsrelevante Forschung jedoch nicht grundsätzlich. Gerade bei Dual-Use-Technologien entsteht daraus ein Spannungsverhältnis zwischen Sicherheitsinteressen, Forschungsethik und Wissenschaftsfreiheit (Land Sachsen-Anhalt, 2021; Wissenschaftsrat, 2025).

Da sicherheitsrelevante Forschung ein breites Spektrum umfasst, richtet die folgende Wahlprogrammanalyse den Blick gezielt auf ihre technologie- und innovationspolitische Dimension. Im Mittelpunkt stehen Aussagen zu Cybersicherheit, digitaler Resilienz, technologischer Souveränität und Verteidigungstechnologien, andere Bereiche wurden nicht systematisch untersucht.

3.2.2 Parteiprogramme im Überblick

Die CDU thematisiert digitale Resilienz und Cybersicherheit. Sie will ein leistungsfähiges Computer Emergency Response Team für Sachsen-Anhalt schaffen, das Unternehmen bei der Abwehr von Cyberangriffen unterstützt, und die Cybersicherheitskompetenz durch Informations- und Bildungsangebote stärken. Eine eigenständige Rolle von Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird in den ausgewerteten Passagen nicht benannt (vgl. CDU-Wahlprogramm, S. 51 f.).

Die SPD verbindet digitale Resilienz mit europäischer Datensouveränität und regionaler Wirtschaftsentwicklung. Der Einsatz von Open-Source-Software soll außereuropäische technologische Abhängigkeiten der Landesverwaltung verringern und zugleich die heimische IT-Wirtschaft stärken. Ergänzend will die Partei Koordinierungs- und Reaktionsstrukturen für Cybervorfälle ausbauen und Kommunen sowie öffentliche Einrichtungen bei der Absicherung ihrer IT-Systeme unterstützen (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 56).

Die FDP verbindet technologiebezogene Sicherheit mit industrieller Wertschöpfung und Standortentwicklung. Sachsen-Anhalt soll Produktionskapazitäten der Verteidigungsindustrie ansiedeln und sich mit offenen Reallaboren und Sicherheitsstandards als Test- und Anwendungsregion für Drohnentechnologien positionieren. Dafür sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst und zentrale Ansprechpartner für Unternehmen geschaffen werden (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 9, 75).

Die AfD nennt die Erprobung eines digitalen Polizeifunk- und Informationssystems zur automatisierten Bearbeitung von Notfällen. Eine Verbindung zu Cybersicherheitsforschung, Hochschulen, kritischen Infrastrukturen oder sektorübergreifenden Innovationskooperationen wird in den ausgewerteten Passagen nicht hergestellt (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 74 f.).

Die Linke fordert spezialisierte Kompetenzen gegen Cybercrime, Wirtschaftskriminalität und KI-gestützte Manipulation sowie eine Informationssicherheitsstrategie und zusätzliches Personal für die Cybersicherheit. KI soll gezielt zur Unterstützung von Ermittlungen eingesetzt werden, während anlasslose Überwachung und automatisierte Massendatenanalysen abgelehnt werden. Für die Wissenschaft fordert die Partei eine Zivilklausel und eine Stärkung ziviler Forschung (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 40, 127–129, 142).

Die Grünen thematisieren hybride und digitale Bedrohungen wie Cyberangriffe, Drohnen, Spionage und Sabotage. Als Maßnahmen nennen sie technische Lösungen zur Drohnenabwehr, interdisziplinäre Teams, die Zusammenarbeit mit IT-Fachkräften und eine bundes- und länderübergreifende Koordination. Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden in den ausgewerteten Passagen nicht ausdrücklich als beteiligte Akteure genannt (vgl. Die Grünen-Wahlprogramm, S. 37, 41).

3.2.3 Einordnung und weiterführende Perspektiven

Insgesamt wird die Bedeutung sicherheitsrelevanter Forschung für Sachsen-Anhalt in den Wahlprogrammen nur begrenzt aufgegriffen. Vorhandene wissenschaftliche Kompetenzen bleiben weitgehend unberücksichtigt. Eine systematische Rolle von Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist bei keiner Partei klar ausgearbeitet. Offen bleiben zudem die Finanzierung sicherheitsrelevanter Forschung sowie der Weg von konkreten Sicherheitsbedarfen über Forschung und Erprobung bis zu Beschaffung und Anwendung. Auch wird kaum erläutert, wie bestehende Kompetenzen etwa in der Cybersicherheitsforschung zu einem regionalen Profil weiterentwickelt und mit Unternehmen, Sicherheitsbehörden und öffentlichen Anwendern verknüpft werden könnten. Bei Dual-Use-Technologien behandeln die Programme zudem nur punktuell das Verhältnis von Wissenschaftsfreiheit, internationaler Zusammenarbeit, Schutz vor Wissensabfluss und sicherheitspolitischen Interessen.

Position des Stifterverbandes

Eine Analyse von Stifterverband und McKinsey zeigt, dass Deutschland zwar über eine breite wissenschaftliche Basis verfügt, Forschung, Erprobung und Anwendung aber noch unzureichend miteinander verbunden sind. Mehr als die Hälfte der 419 untersuchten Hochschulen forscht in Feldern, die auch sicherheits- oder verteidigungsrelevant genutzt werden können. Bei höheren Investitionen und einem besseren Transfer beziffert die Studie das zusätzliche Wertschöpfungspotenzial für Deutschland auf bis zu 22 Milliarden Euro jährlich. Diese bundesweite Schätzung lässt sich nicht unmittelbar auf Sachsen-Anhalt übertragen, verdeutlicht aber die wirtschaftliche Bedeutung eines besser verbundenen Forschungs- und Innovationssystems (Stifterverband & McKinsey & Company, 2026).

Sachsen-Anhalt kann dabei auf vorhandenen Strukturen aufbauen: Wissenschaftliche Kompetenzen und Hochschulkooperationen in der Cybersicherheit treffen mit der Cyberagentur in Halle auf eine Einrichtung, die Forschung für die innere und äußere Sicherheit beauftragt. Aus Sicht des Stifterverbandes sollten diese Akteure gezielter mit Unternehmen, Sicherheitsbehörden und weiteren öffentlichen Anwendern verbunden werden, damit Forschung, Testfelder, Beschaffung und Anwendung besser ineinandergreifen. Ein inklusiver und partizipativer Diskurs sollte zugleich sicherstellen, dass Sicherheitsinteressen, Wissenschaftsfreiheit, internationale Zusammenarbeit und der Schutz sensiblen Wissens gemeinsam berücksichtigt werden.

Sicherheitsrelevante Forschung, insbesondere die Cybersicherheit, kann damit ein Ansatzpunkt für die künftige Profilbildung Sachsen-Anhalts sein. Voraussetzung ist jedoch, dass ein solcher

Schwerpunkt an vorhandene Kompetenzen und Strukturen anknüpft und nicht allein aufgrund seiner aktuellen politischen Bedeutung gesetzt wird.

3.3 Priorisierung und Profilbildung im Innovationssystem

3.3.1 Ausgangslage und Kontext

Die in der Innovationsstrategie definierten Leitmärkte knüpfen an bestehende industrielle und wissenschaftliche Stärken Sachsen-Anhalts an. Dazu zählen insbesondere die Chemieindustrie, der Maschinen- und Anlagenbau, die Ernährungswirtschaft sowie neuere Entwicklungsschwerpunkte wie Mikroelektronik, Wasserstofftechnologien und Künstliche Intelligenz (MWL Sachsen-Anhalt, 2022; BMFTR, 2025).

Die überregionale Vernetzung erfolgt vor allem über Cluster und Forschungsverbünde. Beispiele sind das Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland, der BioEconomy-Cluster, das Wasserstoffnetzwerk HYPOS sowie Netzwerke in den Bereichen Automotive, Life Sciences und Medizintechnik. Sie verbinden Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen über Landesgrenzen hinweg. Eine zentrale Herausforderung besteht darin, diese Vernetzung stärker in betriebliche Forschung, wachsende innovative Unternehmen und zusätzliche regionale Wertschöpfung zu übersetzen (BMFTR, 2025). Digitalisierung und Entbürokratisierung gelten dabei als wichtige Voraussetzungen, um Innovationen schneller in die Anwendung zu überführen und den Zugang zu Förderangeboten zu erleichtern (Investitionsbank Sachsen-Anhalt, 2026).

Sachsen-Anhalt verfügt damit über ausgeprägte industrielle und wissenschaftliche Kompetenzen, sein Innovationsprofil bleibt jedoch vergleichsweise breit. Dies verringert einerseits die Abhängigkeit von einzelnen Branchen, kann andererseits aber dazu führen, dass begrenzte Fördermittel und Fachkräfte auf viele Themen verteilt werden. Die folgende Analyse berücksichtigt branchenpolitische Aussagen daher nur, wenn sie mit Forschung, technologischer Entwicklung, Transfer oder neuen Anwendungen verknüpft sind.

3.3.2 Parteiprogramme im Überblick

Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung

Die CDU setzt auf vereinfachte, beschleunigte und digitalisierte Vergabeverfahren sowie erleichterte Zugänge zu öffentlichen Aufträgen für kleine und mittlere Unternehmen. Zusätzlich sollen Reallabore und rechtlich erleichterte Testfelder die Erprobung innovativer Lösungen ermöglichen (CDU-Wahlprogramm, S. 16, 51).

Die SPD konzentriert sich auf einfachere Förderverfahren, digitale Nachweise sowie den Abbau mehrfacher Berichtspflichten aus Landes-, Bundes- und EU-Vorgaben (SPD-Wahlprogramm, S. 4).

Die FDP verbindet Bürokratieabbau besonders eng mit Gründungen, Investitionen und Wachstum: Eine digitale One-Stop-Agency soll Verfahren bündeln, während junge Unternehmen von Dokumentationspflichten und weiteren Belastungen entlastet werden sollen (FDP-Wahlprogramm, S. 8).

Die AfD will landeseigene Vorschriften überprüfen und überflüssige Regelungen streichen. Als Richtwert sollen für jede neue Regelung mindestens zwei bestehende Regelungen entfallen (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 95 f.).

Die Linke befürwortet Digitalisierung und Verwaltungsvereinfachung, grenzt diese jedoch ausdrücklich vom Stellenabbau ab. Automatisierung soll Beschäftigte von standardisierbaren Aufgaben entlasten und personelle Kapazitäten für Beratung und Aufgaben mit menschlichem Entscheidungsbedarf freisetzen (Die Linke-Wahlprogramm, S. 145).

Die Grünen setzen ebenfalls auf weniger Dokumentationspflichten, ergänzen dies aber um Praxischecks, klare Zuständigkeiten, medienbruchfreie Verfahren und einen zentralen digitalen Zugang über eine Sachsen-Anhalt-App (Die Grünen-Wahlprogramm, S. 84).

Digitalisierung, KI und technologische Modernisierung

Die CDU verknüpft digitale Modernisierung mit technologischer Souveränität: Regionale IT-Angebote, europäische Cloud-Dienste und Open-Source-Lösungen sollen Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern verringern und das regionale IT-Ökosystem stärken (CDU-Wahlprogramm, S. 51). In der Landwirtschaft setzt sie auf moderne Technologien und KI-gestützte Steuerung, um Betriebe effizienter zu machen (CDU-Wahlprogramm, S. 37).

Die SPD verbindet technologische Modernisierung mit der Förderung der IT-Wirtschaft, von Hoch- und Spitzentechnologien, klimafreundlichen Produktionsverfahren und der Modernisierung bestehender Branchen (vgl. SPD-Wahlprogramm, S. 5).

Die FDP verbindet Digitalisierung mit schnelleren Verfahren, Gründungen und Investitionen. In der Landwirtschaft sollen KI und neue Züchtungstechnologien zusätzliche Innovationspotenziale erschließen (vgl. FDP-Wahlprogramm, S. 8, 16).

Die AfD verbindet Technisierung, Digitalisierung und KI mit höherer Produktivität und der Verringerung von Arbeitskräfteengpässen. Sie will anwendungsnahe KI fördern, Rechenzentren ansiedeln und technologische Modernisierung als Alternative zur Zuwanderung ausländischer Fachkräfte nutzen (vgl. AfD-Wahlprogramm, S. 37, 99).

Die Linke will Digitalisierung und KI zur Entlastung von Beschäftigten und zum effizienteren Einsatz vorhandener Ressourcen nutzen. Automatisierung soll dabei nicht zu Personalabbau führen (vgl. Die Linke-Wahlprogramm, S. 145).

Die Grünen setzen neben KI auf Quantencomputing, digitale Infrastruktur und die Stärkung bestehender Digitalisierungszentren. Der Staat soll zudem als Ankerkunde für nachhaltige und verantwortungsvolle KI-Angebote auftreten (Die Grünen-Wahlprogramm, S. 85).

3.3.3 Einordnung und weiterführende Perspektiven

Die Parteien knüpfen überwiegend an bestehende industrielle und wissenschaftliche Stärken Sachsen-Anhalts an, verfolgen dabei aber unterschiedliche Ziele. CDU und FDP verbinden technologische Modernisierung vor allem mit Wettbewerb und Investitionen, SPD und Grüne mit industrieller beziehungsweise ökologischer Transformation. Die Linke stellt Beschäftigungssicherung und sozial-ökologischen Industrieumbau in den Vordergrund. Die AfD setzt einen Schwerpunkt auf KI, Rechenzentren und digitale Infrastruktur, verbindet diesen jedoch nicht mit Hochschulen, Forschung und Transfer.

Digitalisierung und KI erscheinen parteiübergreifend als wichtige Querschnittstechnologien, erfüllen aber unterschiedliche Funktionen: Sie sollen wirtschaftliche Prozesse beschleunigen, die Produktivität steigern, technologische Abhängigkeiten reduzieren oder Beschäftigte entlasten. Bei der AfD bleibt offen, wie der zusätzliche Bedarf an qualifiziertem Personal für Entwicklung, Einführung und Betrieb digitaler Technologien gedeckt werden soll, wenn internationale Fachkräftegewinnung zugleich abgelehnt wird.

Beim Bürokratieabbau verfolgen die Parteien ebenso unterschiedliche Ansätze: CDU und SPD setzen auf vereinfachte Vergabe-, Förder- und Nachweisverfahren, die FDP auf schnellere Gründungs- und Investitionsprozesse. Die Grünen ergänzen digitale Verfahren um Praxischecks und klare Zuständigkeiten, die AfD setzt auf den quantitativen Abbau von Regelungen und die Linke auf Digitalisierung ohne Stellenabbau. Weitgehend offen bleibt, wie Vereinfachungen mit notwendigen Qualitäts-, Sicherheits- und Transparenzstandards vereinbart werden sollen.

Die zentrale Leerstelle liegt jedoch in der strategischen Priorisierung. Die Programme nennen zahlreiche Branchen, Technologien und Maßnahmen, beschreiben aber selten, nach welchen Kriterien Fördermittel, Fachkräfte und institutionelle Kapazitäten zwischen diesen Feldern verteilt werden sollen. Weitgehend offen bleibt auch, wie neue Schwerpunkte an bestehende Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Cluster und überregionale Innovationsnetzwerke angebunden werden können. Hinter den Schwerpunktsetzungen stehen damit unterschiedliche Vorstellungen davon, welchen Beitrag Innovation zur Entwicklung Sachsen-Anhalts leisten und welche Rolle Wissenschaft, Wirtschaft und Landespolitik dabei übernehmen sollen.

Position des Stifterverbandes

Der Stifterverband empfiehlt, die Forschungs- und Innovationspolitik stärker auf wenige strategische Schwerpunkte zu konzentrieren. Angesichts begrenzter finanzieller, personeller und institutioneller Ressourcen kommt es weniger darauf an, möglichst viele Zukunftsfelder gleichzeitig zu adressieren, als in ausgewählten Bereichen kritische Masse, internationale Sichtbarkeit und nachhaltige Innovationsdynamik aufzubauen. Priorisierung sollte sich dabei an den spezifischen Stärken des Landes in Wissenschaft, Wirtschaft und Infrastruktur orientieren und in langfristigen, gemeinsam entwickelten Roadmaps verankert werden.

Zugleich sieht der Stifterverband die Hightech Agenda Deutschland (HTAD) als Chance für die Länder, nationale Innovationspolitik aktiv mitzugestalten. Sachsen-Anhalt sollte seine wissenschaftlichen und industriellen Kompetenzen gezielt in die Roadmapping-Prozesse der HTAD einbringen und sich in ausgewählten Schlüsseltechnologien als sichtbarer Partner positionieren. Entscheidend ist dabei nicht die Beteiligung an möglichst vielen Themen, sondern die Übernahme von Verantwortung in den Feldern, in denen das Land besondere Stärken und Entwicklungspotenziale besitzt.

Darüber hinaus sollte Sachsen-Anhalt Innovationspolitik stärker über Landesgrenzen hinweg denken. Nicht jedes Bundesland kann eigenständig in allen Zukunftstechnologien leistungsfähige Innovationsökosysteme aufbauen. Umso wichtiger sind länderübergreifende Kooperationen, gemeinsame Forschungs- und Transferstrukturen sowie eine stärkere Abstimmung bei technologischen Schwerpunktsetzungen. Wettbewerbsfähige Innovationsräume entstehen zunehmend dort, wo Länder ihre jeweiligen Stärken bündeln und komplementäre Profile entwickeln, anstatt parallele Strukturen aufzubauen.

4 FAZIT: ZUKUNFTSBILDER FÜR DEN WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONS-STANDORT SACHSEN-ANHALT

Wissenschaft, Technologie und Innovation spielen in allen Wahlprogrammen eine wichtige Rolle für die zukünftige Entwicklung Sachsen-Anhalts. Die Parteien knüpfen dabei überwiegend an bestehende wissenschaftliche, wirtschaftliche und industrielle Stärken des Landes an, unterscheiden sich jedoch in ihren Vorstellungen von den Rahmenbedingungen für Wissenschaft, den Formen des Transfers, den technologischen Schwerpunkten und den angestrebten Zukunftsbildern. Die folgende Übersicht fasst die zentralen wissenschafts- und innovationspolitischen Schwerpunkte der Wahlprogramme zusammen.

Tabelle 1: Überblick Parteipositionen

Partei	Rahmenbedingungen für Wissenschaft	Kooperationen & Transfer	Technologie- und Innovationsschwerpunkte	Zukunftsbild für Sachsen-Anhalt
CDU	Verlässliche Finanzierung, leistungsorientierte Steuerung und Profilbildung	Wirtschaftlicher Transfer über Cluster, Innovationszentren und Reallabore; Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte überführen	Wasserstoff, KI, regionale IT, Open Source und Cybersicherheit	Wettbewerbsfähiger Industrie- und Innovationsstandort mit Fokus auf Wachstum und industrielle Modernisierung
SPD	Verlässliche Hochschulverträge, Grundfinanzierung, Autonomie und planbare Karrierewege	Anwendungsorientierte Forschung und schnellere Überführung von Forschungsergebnissen in die Praxis	Chemie, erneuerbare Energien, IT, Hochtechnologien und digitale Souveränität	Modernisiertes Industrie- und Chemieland mit sozial begleitetem Strukturwandel
FDP	Hochschulautonomie, Wettbewerb und personeller Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft	Unternehmerischer Transfer durch Gründungen, regionale Vernetzung und „Macher-Mindset“	Digitalisierung, KI, Robotik, Biotechnologie und Verteidigungstechnologien	Internationaler Investitions- und Gründungsstandort mit unternehmerischer Dynamik
AfD	Mehr Grundfinanzierung und weniger Befristung, stärkere politische Steuerung von Forschung und Kritik an Drittmitteln	Wissenschaft-Wirtschaft-Kooperationen und Ausgründungen spielen kaum eine Rolle	KI, Rechenzentren und digitale Infrastruktur	Technologieorientierter Standort ohne konsistentes Wissenschafts- und Innovationsprofil
Die Linke	Öffentliche Finanzierung, Dauerstellen und demokratische Hochschulstrukturen	Regionaler Wissens- und Gesellschaftstransfer durch Reallabore und Kooperation mit Kommunen	Sozial-ökologischer Industrieumbau, Digitalisierung, KI und Cybersicherheit	Gemeinwohlorientierte, regional verankerte Transformationsregion
Bündnis 90/Die Grünen	Grundfinanzierung, Dauerstellen, Reform der Personalstrukturen und Schutz der Wissenschaftsfreiheit	Regionale Innovationsökosysteme mit Transfer, Gründungen und Start-ups	Erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz, KI, Quantencomputing und Cybersicherheit	Nachhaltige und klimaresiliente Transformationsregion mit regionaler Wertschöpfung

Die Analyse zeigt, dass die Parteien zahlreiche Maßnahmen zur Weiterentwicklung von Wissenschaft, Forschung und Innovation formulieren. Häufig bleibt jedoch offen, wie Hochschulfinanzierung, wissenschaftliche Karrieren, Transfer, Gründungsförderung und technologische Schwerpunkte zu einer langfristigen Gesamtstrategie verbunden werden sollen. Auch die Finanzierung neuer Vorhaben, die Priorisierung

angesichts begrenzter finanzieller und personeller Ressourcen sowie das Zusammenspiel der einzelnen Instrumente werden vielfach nicht näher erläutert.

Wahlprogramme formulieren politische Zielvorstellungen und Schwerpunkte, ersetzen jedoch keine ausformulierten Regierungs- oder Innovationsstrategien. Sie geben dennoch wichtige Hinweise darauf, welche Leitbilder und Prioritäten die Parteien in die Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Innovationsstandorts Sachsen-Anhalt einbringen könnten.

Was bedeuten die Ergebnisse ...

... für die nächste Landes-Innovationsstrategie?

Die neue Landesregierung übernimmt die Verantwortung zu einem Zeitpunkt, an dem die Regionale Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2021–2027 ausläuft und die Weichen für die nächste Strategieperiode gestellt werden. Die Analyse macht deutlich, dass die Parteien unterschiedliche Vorstellungen davon haben, welche Rolle Wissenschaft, Innovation und Transfer für die zukünftige Entwicklung Sachsen-Anhalts spielen sollen. Diese Unterschiede bieten wichtige Anhaltspunkte für die Fortschreibung der Innovationsstrategie. Dabei sollte die Weiterentwicklung nicht bei null beginnen: Zunächst ist zu prüfen, welche bestehenden Netzwerke, Förderinstrumente und Governance-Strukturen Wirkung entfalten, wo Überschneidungen bestehen und an welchen Stellen Transfer-, Finanzierungs- oder Koordinierungslücken fortbestehen.

... für Hochschulen und Forschungseinrichtungen?

Für Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist relevant, welche Funktion ihnen die Parteien im künftigen Innovationssystem zuweisen: als Ausbildungs- und Transferpartner der Wirtschaft, international wettbewerbsfähige Forschungsakteure oder regional verankerte Einrichtungen mit gesellschaftlicher Verantwortung. Im Hinblick auf die nächste Innovationsstrategie können sie ihre wissenschaftlichen Profile, Transferstrukturen und Kooperationsangebote frühzeitig sichtbar machen und aufzeigen, in welchen Feldern bereits belastbare Kompetenzen und Entwicklungspotenziale bestehen. Ebenso wichtig ist es, mögliche Zielkonflikte zu benennen – etwa zwischen strategischer Schwerpunktsetzung, wissenschaftlicher Offenheit und langfristiger Planungssicherheit.

... für Unternehmen?

Unternehmen können aus dem Vergleich ableiten, ob Innovation in den Programmen eher über unternehmerische Eigeninitiative, wissenschaftliche Kooperationen, öffentliche Investitionen oder politisch koordinierte Transformationsprozesse gestärkt werden soll. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen ist relevant, welche Ansätze den Zugang zu Hochschulen, Forschungsinfrastrukturen, Netzwerken, Fachkräften und Gründungsförderung erleichtern.

... für die Menschen in Sachsen-Anhalt?

Aus den Wahlprogrammen lässt sich nicht unmittelbar ableiten, welche Maßnahmen nach der Landtagswahl tatsächlich umgesetzt werden. Sie zeigen jedoch, welche politischen Leitbilder und Prioritäten in die Fortschreibung der Innovationsstrategie einfließen könnten. Eine zukunftsgerichtete Strategie sollte daher bestehende Stärken sichern, neue Entwicklungen evidenzbasiert prüfen und Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Kommunen und Gesellschaft in die Priorisierung einbeziehen. Entscheidend ist nicht nur, welche Innovationsfelder gefördert werden, sondern auch, wie die Ziele bestimmt werden, wer an ihrer Entwicklung beteiligt ist und wie wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Nutzen zusammengeführt werden können.

Wissenschafts- und Innovationspolitik erhält im Landtagswahlkampf möglicherweise nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie andere Politikfelder. Sie entscheidet aber ganz zentral darüber, wie wettbewerbsfähig die Wirtschaft im Land sein wird, wie gut Fachkräfte zum Beispiel in der medizinischen Versorgung verfügbar sein werden oder wie gut Hochschulen als Treiber regionaler Entwicklung und Ort exzellenter Wissenschaft funktionieren.

LITERATURVERZEICHNIS

Wahlprogramme:

CDU Landesverband Sachsen-Anhalt. (2026). *Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 6. September 2026*. Beschlossen auf dem 34. Landesparteitag am 13. Juni 2026 in Dessau-Roßlau.

AfD Landesverband Sachsen-Anhalt. (2026). *Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt* (Entwurf; Bearbeitungsstand: 5. März 2026). Magdeburg.

Partei Die Linke Landesverband Sachsen-Anhalt. (2026). *Wir sind der Pol der Hoffnung. Wahlprogramm zur Landtagswahl am 6. September 2026*. Beschlossen auf der 2. Tagung des 10. Landesparteitags am 14. März 2026.

SPD Landesverband Sachsen-Anhalt. (2026). *Mit Herz, Haltung und Zuversicht. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026*.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Sachsen-Anhalt. (2026). *„Nur mit Grün wird Zukunft draus“. Programm zur Landtagswahl 2026*. Beschlossen auf dem Landesparteitag am 9. Mai 2026 in Lutherstadt Wittenberg.

FDP Landesverband Sachsen-Anhalt. (2026). *Freiheit hat nur eine Heimat. Wahlprogramm der FDP Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026*. Beschlossen auf dem 36. Ordentlichen Landesparteitag am 25. April 2026 (Stand: 28. April 2026).

Sekundäre Literatur und Quellen:

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR). (2025). Sachsen-Anhalt: Cluster und Netzwerke. Bundesbericht Forschung und Innovation.

<https://www.bundesbericht-forschung-innovation.de/interaktive-angebote/forschung-in-den-bundeslaendern/fui-politik-der-laender/sachsen-anhalt/cluster-und-netzwerke/>

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR). (2026a, 29. Juli). Bundeskabinett beschließt Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.

<https://www.bmftr.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2026/07/290726-wisszeitvg.html>

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR). (2026b). Forschungssicherheit.

https://www.bmftr.bund.de/DE/Forschung/International/Forschungssicherheit/forschungssicherheit_node.html

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR). (2026c). Sachsen-Anhalt: Wissenschaftssystem. Bundesbericht Forschung und Innovation.

<https://www.bundesbericht-forschung-innovation.de/interaktive-angebote/forschung-in-den-bundeslaendern/fui-politik-der-laender/sachsen-anhalt/wissenschaftssystem/>

Bundesrepublik Deutschland. (1949). Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Artikel 5. Gesetze im Internet.

https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_5.html

CyberSecurity-Verbund Sachsen-Anhalt. (o. D.). CyberSecurity-Verbund Sachsen-Anhalt II. Abgerufen am 3. August 2026, von <https://cslsa.de/>

Deutsche Forschungsgemeinschaft. (2024). Förderatlas 2024: Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland.

<https://www.dfg.de/de/aktuelles/zahlen-fakten/foerderatlas>

Hamann, J. (2025, 16. Oktober). Wie steht es um die Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen? Einblicke aus einer repräsentativen Umfrage. Freie Universität Berlin.

<https://www.fu-berlin.de/campusleben/forschen/2025/wissenschaftsfreiheit/hamann/index.html>

Hochschule Harz. (o. D.). CyberSecurity-Verbund LSA II: Gemeinsames Hochschulprojekt in Sachsen-Anhalt. Abgerufen am 3. August 2026, von

<https://www.hs-harz.de/english/forschung/ausgewaehlte-forschungsprojekte/cybersecurity-2>

Investitionsbank Sachsen-Anhalt. (2026). Sachsen-Anhalt Digital Innovation.

<https://www.ib-sachsen-anhalt.de/de/unternehmen/digitalisieren/digital-innovation/>

KAT-Netzwerk. (o. D.-a). Forschung im KAT-Netzwerk. Abgerufen am 3. August 2026, von

<https://www.kat-netzwerk.de/forschung/>

Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase. (2025). BuWiK 2025: Bundesbericht Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase 2025. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland. wbv Publikation.

<https://doi.org/10.3278/6004603bw>

Land Sachsen-Anhalt. (2021). Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 2021.

https://mwu.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MWU/Media/Publikationen/Hochschulgesetz_Sachsen-Anhalt_2020.pdf

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. (2024, 15. Juli). Cybersicherheit: MLU erhält Millionenförderung für Forschung zu KI (Pressemitteilung Nr. 093/2024).

https://pressemitteilungen.pr.uni-halle.de/index.php?modus=pmanzeige&pm_id=5778

Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) des Landes Sachsen-Anhalt. (2024, 26. November). Sachsen-Anhalts Hochschulen ziehen nach der Corona-Pandemie wieder mehr Studienanfänger aus dem Ausland an.

<https://mwu.sachsen-anhalt.de/artikel-detail/willingmann-sachsen-anhalts-hochschulen-ziehen-nach-corona-pandemie-wieder-mehr-studienanfaenger-aus-dem-ausland-an>

Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) des Landes Sachsen-Anhalt.

(2025a, 22. Mai). Historischer Erfolg im Exzellenz-Wettbewerb: Willingmann gratuliert Universität Halle.

<https://mwu.sachsen-anhalt.de/artikel-detail/historischer-erfolg-im-exzellenz-wettbewerb-willingmann-gratuliert-universitaet-halle>

Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) des Landes Sachsen-Anhalt.

(2025b, 6. März). Wissenschaftsminister Willingmann und Hochschulleitungen unterzeichnen Zielvereinbarungen 2025 bis 2029.

<https://mwu.sachsen-anhalt.de/artikel-detail/wissenschaftsminister-willingmann-und-hochschulleitungen-unterzeichnen-zielvereinbarungen-2025-bis-2029>

Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) des Landes Sachsen-Anhalt.

(2025c). Zielvereinbarungen 2025–2029 zwischen den staatlichen Hochschulen und dem Land Sachsen-Anhalt.

https://mwu.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MWU/Wissenschaft/Hochschulen/Zielvereinbarungen/MWU_Zielvereinbarungen_2025-2029_final.pdf

Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) des Landes Sachsen-Anhalt. (o. D.-a). Akademien, Stiftungen und Zentren in Sachsen-Anhalt. Abgerufen am 3. August 2026, von <https://mwu.sachsen-anhalt.de/wissenschaft/forschung/akademien-stiftungen-zentren>

Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt (MWU) des Landes Sachsen-Anhalt. (o. D.-b). Forschung in Sachsen-Anhalt. Abgerufen am 3. August 2026, von <https://mwu.sachsen-anhalt.de/wissenschaft/forschung>

Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten (MWL) des Landes Sachsen-Anhalt. (2022). Fortschreibung der Regionalen Innovationsstrategie Sachsen-Anhalt 2021–2027. http://mwl.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MW/MWL/04_Publikationen/02_Wirtschaft/2023-01_Regionale_Innovationsstrategie_LSA_2021-2027.pdf

Müller, C. E., Eckardt, I., & Neuhold, M. (2026). Das EXIST-Gründungsstipendium in Zahlen (Monitoringbericht Nr. 5). Projektträger Jülich, Forschungszentrum Jülich GmbH. https://exist.de/wp-content/uploads/2026/06/EGS_Monitoringbericht_2025.pdf

Nehring, Frank; Oelgarth, Achim; Ragnitz, Joachim (Hrsg.) (2026): *Der Aufholprozess ist in Gefahr. Wettbewerbsreport Ostdeutschland 2026*. Saarower Kreis.

Statistisches Bundesamt. (2025a). Bevölkerung nach Nationalität und Bundesländern: Bevölkerungsstand am 31. Dezember 2024. Destatis. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nichtdeutsch-laender-basis-2022.html>

Statistisches Bundesamt. (2025b). Interne Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2023 nach Bundesländern und Sektoren. Destatis. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Forschung-Entwicklung/Tabellen/fue-ausgaben-bundeslaender-sektoren.html>

Statistisches Bundesamt. (2026). Studierende an Hochschulen nach Bundesländern, Wintersemester 2022/23 bis 2025/26. Destatis. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/studierende-insgesamt-bundeslaender.html>

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. (2024, 29. Oktober). Beschäftigtenzahl an Sachsens-Anhalts Hochschulen im Vergleich zum Vorjahr 2023 konstant (Pressemitteilung Nr. 317/2024). https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesamter/StaLa/startseite/Daten_und_Veroeffentlichungen/Pressemitteilungen/2024/j_Oktober/317-Hochschulpersonal-2023.pdf

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. (2025a, 2. Oktober). Beschäftigtenzahl an Sachsens-Anhalts Hochschulen um 4,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. <https://statistik.sachsen-anhalt.de/news/news-details/beschaeftigtenzahl-an-sachsen-anhalts-hochschulen-um-44-im-vergleich-zum-vorjahr-gestiegen>

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt. (2025b, 18. Juli). 2,6 Prozent weniger Studierende im Wintersemester 2024/25 an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt (Pressemitteilung Nr. 199/2025). https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesamter/StaLa/startseite/Daten_und_Veroeffentlichungen/Pressemitteilungen/2025/g_Juli/199-Studierende_WS-2024-25.pdf

Stifterverband. (2025). Datenportal. Gründungsradar.

<https://stifterverband.shinyapps.io/Gruendungsradar/>

Stifterverband. (2024). Hochschul-Barometer 2024: Lage und Entwicklung der Hochschulen aus Sicht ihrer Leitungen.

https://www.hochschul-barometer.de/sites/barometer/files/2024-12/hochschul-barometer_2024.pdf

Wissenschaftsrat. (2025). Wissenschaft und Sicherheit in Zeiten weltpolitischer Umbrüche: Positionspapier (Drs. 2485-25). <https://doi.org/10.57674/9tr5-kn29>

Impressum

Essen, 2026

Herausgeber

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Baedekerstraße 1 . 45128 Essen
T 0201 8401-0 . mail@stifterverband.de
www.stifterverband.org

Autorinnen und Autoren

Dr. Pascal Hetze
Dr. Svetoslava Antonova Baumann
Anastasia Tomskikh
Marian Burk

Mitarbeit

Moritz Neugebauer, Ph.D.
Katharina Kasack

Redaktion

Simone Höfer

Zitationshinweis

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Wahlprogrammanalyse Sachsen-Anhalt. Eine Untersuchung wissenschafts- und innovationspolitischen Positionen der Parteien. Essen, 2026.

Disclaimer: Für die sprachliche Überarbeitung dieses Textes wurde ChatGPT 5.6 Think im Microsoft Copilot genutzt. Die inhaltliche Verantwortung verbleibt bei den Autorinnen und Autoren.
